

In Kürze

Immigration

Die Schweizer Regierung hat sich für eine Masseneinwanderungsinitiative (MEI) ausgesprochen. Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

NATIONALRAT UMSETZUNG MASSEINWANDERUNGSINITIATIVE

Verbissener Schaukampf um den Volkswillen



Der «Inländervorrang light» solls richten: Der Nationalrat will mit einer unverbindlichen Stellenmeldepflicht die Zuwanderung senken.

Photographie: Ines Vilmann

Die SVP bleibt chancenlos: Nach giftiger Debatte beschliesst der Nationalrat, die Zuwanderungsinitiative strikt EU-kompatibel umzusetzen. Beide Lager berufen sich auf den Volkswillen.

Alles ist bereit. Der Saal ist fast voll, Presse- und Zuschauertribüne sind gut besetzt, das Schweizer Fernsehen überträgt live. Aller Augen sind auf die Nationalrätinnen und Nationalräte gerichtet. Auf diesen Moment mussten sie lange warten. Aber jetzt ist es endlich so weit. Nun schlägt ihre grosse Stunde: die Debatte zur Umsetzung der vertrackten Masseneinwanderungsinitiative (MEI) – open-end. Das

wichtigste Geschäft der laufenden Legislatur. Der Showdown nach zweieinhalb Jahren Treten an Ort und parteipolitischem Gezerre. Also Vorhang auf, lasst das Spektakel beginnen. Aber halt, irgendetwas fehlt doch hier. Ach ja: die Spannung. Denn egal, ob Zuschauer oder Darsteller – jeder im Saal weiss bereits, wie dieses Stück ausgehen wird. Die isolierte SVP wird auf verlorenem Posten für eine wortgetreue MEI-

Umsetzung und eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung mit Höchstzahlen und Kontingenten kämpfen. Sie wird am Ende trotz Nein sagen zum Beschluss der weitgehend geschlossenen Mehrheit, die für eine Umsetzung votiert, die keine ist – mit einem «Inländervorrang light», der in Wahrheit nur eine unverbindliche Stellenmeldepflicht für Arbeitgeber ist, mehr nicht.

Was sich in der mehrstündigen Debatte unter der Bundeshauskuppel abspielt, ist also kein Ringen um einen politischen Entscheid. Dieser ist in der vorbe-

ratenden Kommission und in den Fraktionssitzungen längst gefällt worden – zu klären sind heute nur noch Details. Es ist ein Schaukampf um die Gunst des Publikums, in dem jeder beweisen will, der bessere Demokrat zu sein – und sich beide Lager auf den Volkswillen berufen.

Typische SVP-Inszenierung

Die SVP beherrscht dieses Stück im Schlaf – Rolle und Text sind über Jahre eingeübt. Doch nun legt sie eine Aufführung hin, die man in dieser verbissenen Aggressivität sonsteltengesehen

hat. Exemplarisch steht dafür der Auftritt des Berner Fraktionschefs Adrian Amstutz: «Gesetzesruine», «Missachtung des Volkswillens», «Begräbnis der direkten Demokratie», «Totengräber». Salve um Salve feuert Amstutz den Gegnern in schärfster Wahlkampfretorik ins Gesicht: «Das ist ein in Hochglanz verpackter Verfassungsbruch!» Das alles ist masslos überzeugend, aber im Kern nicht ganz falsch.

Es geht Amstutz bei seiner Show nicht um die Wirkung im Saal. Die Botschaft geht vielmehr nach aussen: «Ich rede zur Be-

völkerungsvordem TV», gibt er zu und schaut direkt in die SRF-Kamera. Höhepunkt des Auftritts: Reihenweise treten Fraktionskollegen mit eingeübten Fragen als Stichwortgeber für Amstutz auf – eine so peinliche Inszenierung muss einem erst einmal einfallen. Im Rat macht sich Arger breit, die Stimmung ist aufgeheizt, es wird gejoht und gebuht. Natürlich scheitert am Ende der Rückweisungsantrag der SVP.

Das Fluri-Paradox

Die Hauptrolle im gegnerischen Lager spielt Kurt Fluri. Der Solo-

turner FDP-Nationalrat gilt als Vater des «Inländervorrang light» und spricht für die Mehrheit im Rat. Er ist die personifizierte Antithese zu Amstutz: politisch korrekt, knochentrocken, nicht aus der Ruhe zu bringen. Auch er hat sich gut vorbereitet. Angriff um Angriff pariert der zur SVP-Hassfigur gewordene Fluri, ohne sich irritieren zu lassen. In der Wandelhalle ist das Urteil der Partner in der Anti-SVP-Allianz einhellig: «Ein Held.»

Seinen Umsetzungsvorschlag rechtfertigt der Freisinnige mit dem Erhalt der Bilateralen, der

absolute Priorität habe. Aber auch er argumentiert primär mit dem Volkswillen: Das Volk habe die Bilateralen schon mehrfach bestätigt. Viele in der Bevölkerung hätten mit ihrem Ja zur MEI zwar ein Zeichen setzen wollen, «aber eine buchstabengerechte Umsetzung hatten sie nicht im Sinn». Das ist das Fluri-Paradox: Man muss den Volkswillen ignorieren, um ihn durchzusetzen.

Die Allianz hält

In leichten parteipolitischen Variationen vertreten auch Linke und Mitteparteien diese Argu-

mentation. Und immer wieder kommt die Rechtfertigung, dass die MEI nicht die erste Initiative sei, die schwach oder gar nicht umgesetzt werde. Einzige die CVP plagt das demokratische Gewissen. Doch ihre kosmetischen Verschärfungsvorschläge werden von der geschlossenen Mehrheit abgeschmettert.

Am Ende der Monsterdebatte bleibt der schale Nachgeschmack: Der Volkswille ist eine Allzweckwaffe, die Politiker jeder Couleur je nach eigenen Zielen sehr flexibel einsetzen.

Peter Meier

IM GESPRÄCH MIT ADRIAN AMSTUTZ

«Ich hoffe, das Volk wird nicht weiter gedemütigt»

SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz ist nach der Debatte zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative aufgebracht. Diese Lösung entspreche in keiner Art und Weise dem Volkswillen.

Sie bezeichneten gestern Ihre Ratskollegen als Lügner, Verräter oder Totengräber der Demokratie. Haben Sie den Respekt vor Ihren Kollegen verloren? *Adrian Amstutz:* Nein, überhaupt nicht, aber man muss doch Klartext reden können. Und wenn man schon von fehlendem Respekt reden will, dann ist das derjenige der Parlamentsmehrheit vor ihrer vorgesetzten Instanz, nämlich dem demokratischen Entscheid von Volk und Ständen. Das ist

der eigentliche Skandal und nicht die ehrlichen Worte an die Adresse von Ratskollegen. Warum so emotional, andere Initiativen wurden auch nicht wortgetreu umgesetzt. Nicht wortgetreu und überhaupt nicht ist ein riesiger Unterschied. Hier wird der Volksauftrag mit Füssen getreten und das völlig wirkungslos Gegenteil beschlossen. Mit dem sogenannten Inländervorrang light werden nur die Arbeitnehmer getäuscht. Es gibt



Adrian Amstutz

keine Meldepflicht für freie Stellen und auch keine Nachweispflicht, dass im Inland kein geeigneter Arbeiter gefunden werden konnte. **Hätten Sie mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Lösung besser leben können?** Sie wären ein bisschen weniger schlecht. Aber weniger schlecht

ist noch lange nicht gut. Auch mit der bundesrätlichen Lösung wird die Zuwanderung aus der EU kein bisschen eingeschränkt. **Aber die SVP sperrt sich ja auch dagegen, konkrete Höchstzahlen zu nennen oder Kontingente festzulegen.** Das brauchen wir auch nicht, weil wir uns an das bewährte Konzept mit jährlichen Höchstzahlen und Kontingenten und mit einem echten Inländervorrang orientieren, wie das vor der Personenfreizügigkeit galt. Dieses System hatte sich richtigerweise am Wirtschaftsverlauf orientiert und im Durchschnitt

eine durchaus massvolle Nettozuwanderung von rund 20 000 Personen und nicht wie heute mit der Personenfreizügigkeit eine masslose Nettozuwanderung von über 80 000 gebracht. **Wie gross ist Ihre Hoffnung, dass die kleine Kammereine Lösung erarbeitet, welche Ihnen besser passt.** Es geht doch nicht darum, ob eine Lösung der SVP oder dem Amstutz passt. Es geht um die Frage, ob es noch Hoffnung gibt, dass das Volk nicht weiter gedemütigt und unser indirekte Demokratienicht weiter demontiert wird.

Interview: Gregor Poletti



«Seit Jahren zwitschert man das Lied der Fachkräfteinitiative, die inzwischen das Potenzial zum Unwort des Jahres hat.»

Martin Landolt (BDP, GL)



«Aus welchem Grund unser Aussenminister medial immer wieder Optimismus verbreitete, bleibt wohl sein Geheimnis.»

Ruth Humbel (CVP, AG)



«Wir möchten ihnen danken, diesen Schweizern mit und auch ohne Pass, die dazu beitragen, dass unser Wohlstand gemehrt wird.»

Balthasar Glättli (Grüne, ZH)



«Ich bin vor allem von der politischen Mitte enttäuscht. Schlimmer als ein Hühnerhaufen.»

Gregor Rutz (SVP, ZH)



«Rechtsunsicherheit, dieses eine Wort beschreibt die momentane Situation leider treffend.»

Nadine Masshardt (SP, BE)



«Es ist glasklar, den Fünfer und das Weggli gibt es nicht. Die Initiative ist nicht telquel umsetzbar.»

Tiana Angelina Moser (GL, ZH)



«Wir möchten unserem Land das Beste geben. Doch mit Obstruktion, Machtspielen und Einigelung wird das wohl kaum möglich sein.»

Matthias Samuel Jauslin (FDP, AG)



«Das Ziel des Bundesrates war von Anfang an, eine einvernehmliche Lösung mit der EU zu finden...»

Bundesrätin Simonetta Sommaruga



«Diese Debatte endet, wie sie begonnen hat: grotesk.»

Cédric Wermuth (SP, AG)

Ständerat will höhere Franchisen

Der Ständerat will die Franchisen für die Bundesversammlung erhöhen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.

Immigration

Die Bundesversammlung wird am 18. Oktober über die Initiative abstimmen. Die SVP fordert eine strikte EU-Kompatibilität.